

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 126 (2000)
Heft: 3

Artikel: Bundespolitik II : wie der Bundesrat auch noch gewählt werden könnte : Novartis, Migros, Coop oder die Landeskirchen machen Vorschläge
Autor: Fisch, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-596218>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wie der Bundesrat auch noch gewählt werden könnte

Novartis, Migros, Coop oder die Landeskirchen machen Vorschläge

PETER FISCH

AKTUELL ist das Thema zwar nicht. Aber da es offenbar nichts Gescheiteres zu thematisieren gibt, können wir uns auf ein Gedankenspiel einlassen und uns fragen, wie der Bundesrat anders als bisher gewählt werden könnte. Dazu braucht es jedoch entsprechende Annahmen.

Erstens: Das Parlament ist mit der Aufgabe, die Exekutive zu wählen, schlicht überfordert. Zweitens, in Ableitung der ersten Annahme: Die Parteien haben bisher in der Nominierung der Kandidaten und in der Meinungsbildung, die dann zur Wahl der Vertreter des Volkes und der Stände geführt haben, versagt.

Das ist eine ganz nüchterne Betrachtung. Sie müsste auch jenen, die das Thema einer Umgestaltung der Bundesratswahl auf das Tapet – oder wie man neuerdings sagt, in die politische Agenda – gebracht haben, zu denken geben. Doch das Denken gehört offenbar nicht zu ihren Stärken. Da sie im Parlament eine relative Mehrheit bilden, schliesst sich der Kreis: Ein Parlament mit dieser Zusammensetzung muss zwangsläufig überfordert sein. Dies umso mehr noch, als die gleichen Leute verkünden, es sei ihre Absicht, die Politik in diesem Land zu bestimmen. Das ist ihre unumstrittene Stärke. Es gelingt ihnen ausgezeichnet, die Aufmerksamkeit auf ihre Themen und vielmehr noch auf sich selbst zu lenken und so die Energie für politisch Wichtiges zu entziehen.

Das ist ein schmerzlich bekanntes Muster. Die EU charakterisiert es als extremistisch. Es löst Besorgnis aus. Wir machen ja alle mit. Ich setz' mich ohne eigenen Anlass, ohne ersichtlichen Grund mit möglichen Umgestaltungen der Bundesratswahl auseinander.

Parlament und Parteien sind also aufgrund der Annahmen in unserem Gedankenspiel auszuschliessen. An ihre Stelle könnten zum Beispiel die grossen Unternehmen treten. Migros, Coop, Novartis, UBS, ABB, CS und Nestlé wählen je ein Mitglied in den Bundesrat. Das hätte viele Vorteile. Die Komplikationen bei der Verbuchung von Spendengeldern entfielen. Die Gehälter der Bundesräte würden die leere Staatskasse nicht mehr belasten. Die Werber kämen

Die etablierten religiösen Gemeinschaften wären dabei gesetzt, denn wenn die Anzahl praktizierender Mitglieder ausschlaggebend wäre, hätten sie möglicherweise das Nachsehen. Und schlimmer noch wäre sonst der Bundesrat mehrheitlich mit Leuten besetzt, die von der EU als extremistisch charakterisiert würden. Und das kann doch nicht die Absicht sein.

Das heutige Verfahren dauert ein paar wenige Monate. Es liesse sich sicher so beschleunigen, dass die Dauer auf ein paar wenige Wochen, Tage oder sogar Stunden reduziert würde. Der «Blick», die «NZZ» und ein paar andere grosse Zeitungen oder Fernsehstationen schlagen ihre Kandidaten vor, und ihre Leser wählen tags darauf per Mausklick im Internet. Kein Problem. Jedes Verfahren lässt sich beschleunigen. Und da das Ansinnen einer Neugestaltung der Bundesratswahl aus der gleichen Küche kommt wie dasjenige der beschleunigten Demokratie, müsste auch die Bundesratswahl beschleunigt werden.

Allerdings lässt sich eine gesellschaftliche Ordnung, wie es eben die Demokratie darstellt, nicht beschleunigen. Wer solche unsinnige Schlagwörter formuliert, ist von Sinnen oder hat was anderes im Sinn, als das was er sagt. Es ist störend, wenn Initiativen verschleppt werden. Das Verfahren soll beschleunigt werden. Keine Frage. Wenn ein politisches Verfahren jedoch so beschleunigt werden soll, dass es demokratische Meinungsbildung, das dialogische Abwägen von Vor- und Nachteilen für Staat und Demokratie praktisch verunmöglicht, dann kann es nur darum gehen, Emotionalität, insbesondere Unzufriedenheit und blinder Enthusiasmus, zu schüren und für eigene Zwecke zu nutzen. Demokratie bedingt einfach mehr als nur den Einsatz unseres Krokodilhirns.

Durch Zusammenschlüsse könnte ein Unternehmen zu mehreren Sitzen im Bundesrat kommen.

zu lebenden Beispielen, wenn sie unmittelbar nach einem Fernsehauftritt eines Bundesrates einen entsprechenden Spot einblenden würden: Schlagfertigkeit und Witz dank Mensfit – einem Produkt von Novartis, Feel Good – ein Beitrag zur Lebensqualität der Migros, gesunde Einstellung mit Naturaplan von Coop. Bei Fusionen entstünden so zusätzliche Optionen für überzählige Topmanager. Wobei gerade die Möglichkeit von Fusionen den Nachteil des neuen Systems offenlegen. Durch Zusammenschlüsse könnte ein Unternehmen zu mehreren Sitzen im Bundesrat kommen. Das ist reine Spekulation. So wie die Initianten der neuen Bundesratswahl auch spekulieren: mehr Bundesräte aus den eigenen Reihen.

An die Stelle der grossen Unternehmen könnten auch die Kirchen treten.